

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Korrigiert Martin Schulz Hartz IV und die Agenda 2010?

„Der Berg kreite und gebar eine Maus“

Mit großem Getöse in Zeitungen und Fernsehen hat der SPD-Kanzlerkandidat erstmals etwas Konkretes aus seinem Wahlprogramm geplaudert. Medial wurde das als „Korrektur der Agenda 2010“ von Gerhard Schröder verkauft.

Sankt Martin kündigte an:

- Arbeitslose, die Arbeitslosengeld I bekommen, sollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung erhalten. Diese wird bis zu 24 Monaten auf den Bezug des Arbeitslosengeldes angerechnet. Ein Arbeitsloser mit 50 Jahren erhält maximal 48 Monate Geld, bevor er in Arbeitslosengeld II (Hartz IV) abgeleitet oder einen Job bekommt.
- Anspruch auf Arbeitslosengeld I wird ausgeweitet von 24 auf 36 Monate, d.h. wer innerhalb der letzten drei Jahre 10 Monate gearbeitet hat, kann einen Antrag stellen
- das Schonvermögen, das bei Hartz-IV-Bezug nicht angetastet wird, erhöht sich von 9.000 auf 18.000 Euro.

Auch heute schon wird die Zeit während einer Weiterbildung zur Hälfte auf die Bezugsdauer angerechnet. Der Be-

zug von Hartz-IV für ältere ist bereits 2007 als Kompromiss zwischen SPD und CDU von 12 auf 24 Monate verlängert worden. Der öffentliche Protest von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Betroffenen, dass Beschäftigte mit jahrzehntelangen Beiträgen in der Arbeitslosenversicherung nur 12



Monate „normales“ Arbeitslosengeld erhalten, war einfach zu groß. Denn Hartz IV bedeutet Armut per Gesetz, Enteignung, Ausgrenzung und Entwürdigung. Man wird in eine dunkle Ecke gestellt, abgekoppelt vom normalen Leben, angewiesen auf ein Leben mit Tafelladen und Vesperkirche.

Wo bleibt die Korrektur der Agenda 2010?

Bestenfalls kann das neue „Arbeitslosengeld Q“ als „Schrittchen in die richtige Richtung“ (Dietmar Bartsch, Die Linke) bezeichnet werden. Denn von den rund 1,3 Mio. ungelernen Arbeitslosen nahmen zuletzt nur jährlich 50.000 an einer Fortbildung mit dem Ziel eines Berufsabschlusses teil. Gleichzeitig kürzte die Bundesanstalt für Arbeit die Ausgaben für Weiterbildung um 26 Prozent. Die „Reform“ betrifft nur eine kleine Zahl von ALG-I-Beziehern (300.000 Personen). Kein Wunder! Ausgerechnet Andrea Nahles (SPD) hat Sankt Martin als Spezialistin für seine Reform auserkoren. Sie müsste eigentlich am besten wissen, dass ein breites Weiterbildungsangebot für Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Einkommensschwache und Kinderreiche seit Jahren das Gebot der Stunde ist – anstelle von kurzfristigen „Fördermaßnahmen“ der Jobcenter, die nur Placebos für eine Unzahl unnützer Bewerbungen sind. So aber fhrt das kleine „Schrittchen“ zur tieferen Spaltung zwischen Beziehern von ALG I und ALG II. >>>

Lesen Sie weiter:

Bedarf beim Wohnungsbau: Rottenburg hinkt hinterher Seite 5

Bildungsreform: Grün-Schwarz entsorgt „Altlasten“ Seite 7

Finanzierung für Friedensengagement wird eingestellt Seite 9

Sülchenstraße eine Gefahrenstelle? Seite 10

Autobahnprivatisierung: Schnäppchen oder Millionengrab? Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**

desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**

desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**

desto sozialer die Stadt!

Hatte doch Nahles erst kürzlich die willkürliche Veränderungen der Berechnung des ALG II dessen Höhe von 510 auf 409 Euro (Regelsatz 1) abgesenkt und damit den wütenden Protest von Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften provoziert. Schnittblumen, Weihnachtsbäume, ein Getränk in Gaststätten wurden herausgerechnet, als hätten Hartz-IV-Familien keinen Bedarf oder Anspruch darauf. Kinder unter sechs Jahren, wenn sie also am schnellsten wachsen (Kleidung, Schuhe!), erhalten keinen Cent mehr! Wenn Sankt Martin sich also weiterhin auf dieses „Schrittchen“ beschränkt, bleibt der Kern der berüchtigten Agenda 2010 aufrechterhalten.



Protest von CDU und Konzernen

Warum protestieren Unternehmerverbände und CDU trotzdem gegen dieses „Reförmchen“? Erstens wollen die Unternehmer die Kontrolle über die Weiterbildung der Beschäftigten und die Kosten dafür behalten. Sie wollen

nur so viel ausbilden, wie es für ihren jeweiligen Betrieb nützlich ist, damit Arbeitnehmer nicht zu selbstständig werden können.

Zweitens entspricht es ihrem Menschenbild, dass Beschäftigte nur durch Zwang und Angst vor Arbeitsplatzverlust zu höherer Leistung angetrieben werden können. Was zählt schon eigene Motivation des Beschäftigten für das Wohl des Betriebs, wenn ein VW-Manager ohne jegliches Risiko (für einen Abgas-Skandal) das 5.000-fache seines Facharbeiters an Entgelt einstreicht?

Denn drittens ist der Kern der jahrelangen Agenda-Politik von Schröder-Merkel die Ausweitung des Niedriglohnssektors, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und Werkverträge gewesen, um damit Druck auf alle Löhne auszuüben. Jede(r) vierte Beschäftigte arbeitet inzwischen in einem „atypischen“ Arbeitsverhältnis. **Deutschland hat dank Schröder den größten Niedriglohnssektor Europas**

und will seine neoliberale Arbeitsmarktpolitik allen EU-Staaten aufzwingen. Soll das mit Hilfe der SPD so weitergehen?

DIE LINKE fordert seit Jahren, dass die Arbeitslosenversicherung wiederhergestellt wird, die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abgeschafft und die entwürdigenden Hartz-Gesetze durch eine armutsfeste Grundversicherung ersetzt werden. Statt Hartz IV brauchen wir 12 Euro Mindestlohn und eine pfändungssichere Mindestsicherung von 1.050 Euro – auch im Interesse einer starken Binnenkonjunktur. **Der obszöne Reichtum einer kleinen Minderheit in Deutschland, die 5,6 Billionen Euro Geldvermögen gehortet haben, zeigt, dass diese Forderungen zugunsten von Millionen Menschen, Millionen Familien mit Kindern bezahlbar sind!**



Hans Jürgen Petersen
Rottenburg

Ist eine Vermögensteuer grundgesetzwidrig? Widmann-Mauz (CDU) erzählt Unsinn

In einer Umfrage unter den Tübinger Bundestagsabgeordneten wollte das Schwäbische Tagblatt (3.3.2017) klären, wie diese zur Wiedereinführung der Vermögensteuer stehen. Besonders blauäugig und unwissend zeigte sich dabei CDU-Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz.

Sie erzählte das angestaubte Stammfischmärchen, eine Vermögensteuer wäre grundgesetzwidrig. Das ist grottenfalsch. Denn die Steuer ist bis heute formal gültig (Grundgesetz Art.106), nur die Art ihrer Berechnung wurde 1995 im BVG-Urteil außer Kraft gesetzt. Der Grund: Die Steuer verletze den so genannten Halbteilungsgrundsatz. Danach muss die steuerliche Gesamtbelastung „in der Nähe einer hälftigen Teilung“ zwischen Steuerzahler und Finanzamt bleiben, solle also nicht mehr als 50 Prozent betragen.

Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde kritisierte, dass sich dieser Grundsatz nicht aus dem Grundgesetz ableiten lässt. Vielmehr muss

der Staat darauf achten, dass die Ungleichheit einen bestimmten Grad nicht überschreitet. **Vielmehr verpflichtet das Grundgesetz den Staat zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten, weil die ungezügelter Anhäufung von Reichtum unsere gesellschaftliche Ordnung gefährdet.**

Unsinn und Angst verbreitet Widmann-Mauz auch, dass bei einer Wiedereinführung der Vermögensteuer die Mieten steigen würden. Umgekehrt wird ein Schuh draus: **Die drastische Senkung von Steuern für die Reichen hat entscheidend dazu beigetragen, dass der Staat weniger Geld für Wohnungsbau ausgibt und die Mieten explodieren.**

Vermögensteuer ist eine Landessteuer. Wahrscheinlich ist Kohl für die Staatssekretärin ein Linksradikaler, der Millionen Arbeitsplätze vernichtet hat, denn während seiner Kanzlerschaft betrug der Spitzensteuersatz 53 Prozent (plus Soli). Durch die Steuerergeschenke von SPD und Grünen, verbun-

den mit der Agenda-Politik, ist das reine Geldvermögen einer kleinen Clique in den letzten fünf Jahren um 1.100 Milliarden auf 5,6 Billionen Euro gewachsen. Es findet sich zwecks Spekulation häufig in Briefkästen in Luxemburg und Panama, während in unseren Kommunen Investitionen von 132 Mrd. Euro fehlen für Krankenhäuser, Kitas, Schulen, Straßen. **Diese CDU-Politik, unterstützt von Winfried Kretschmanns, Ministerpräsident der Grünen in Baden-Württemberg, kategorischem Nein zur Vermögenssteuer, bewirkt soziale Spaltung und kostet durch fehlende Investitionen hunderttausende Arbeitsplätze!**

Bis heute haben sich die Regierungen von Schwarz – Gelb – Rot – Grün 22 Jahre lang heftig geweigert, den Auftrag des BVG-Urteils zu erfüllen und das Gesetz zu erneuern. **Es ist hohe Zeit für einen grundlegenden Politikwechsel!**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Umfrage zu Stuttgart 21

Zweidrittelmehrheit für Prüfung der Alternative „Umstieg 21“

Das Bahnprojekt Stuttgart 21, bei dem der bestehende Kopfbahnhof in einen neuen Tiefbahnhof verwandelt werden soll, gerät immer mehr in eine Sackgasse. Die Liste der Mängel und Unzulänglichkeiten würde Seiten wenn nicht Bücher füllen. Der Druck auf die Verantwortlichen wird immer größer, aber sie laufen mit Scheuklappen herum und halten beharrlich an dem fest, was längst zum Scheitern verurteilt ist.

Nun haben sich in anerkennenswerter Weise Menschen des „Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21“ die Mühe gemacht, aus der gegenwärtigen Situation das Beste zu machen und ein Alternativkonzept zu erarbeiten. Dieses ist aber keine Soll-Vorgabe, sondern lediglich ein Vorschlag, wie unter Einbeziehung der bisherigen Baumaßnahmen ein ertüchtigter und den modernen Gegebenheiten angepasster Kopfbahnhof entstehen kann. In den wieder aufgebauten Südflügel werden ein Parkhaus, eine Fahrradebene und ein Omnibusbahnhof integriert, der neu entstandene Nordflügel kann wie früher Hotels aufnehmen. Über den Bahnsteigen entsteht ein gläsernes Dach mit Solaranlage.

Dieses Konzept mit dem Namen „Umstieg 21“ kann relativ kurzfristig umgesetzt werden, spart Milliarden an Kosten und wurde bereits in zahlreichen Veranstaltungen der breiten Öffentlichkeit vorgestellt, wo es ein außerordentlich reges Interesse fand. Aus diesem Anlass wurde nun durch das Meinungsforschungsinstitut Infratest Dimap eine Umfrage durchgeführt, bei der mehrere Fragen gestellt wurden. Das Wichtigste an dieser von Prof. Grottian beauftragten Umfrage ist die Antwort auf die entscheidende Frage:

„Kritiker von Stuttgart 21 haben ein Umstiegskonzept vorgeschlagen, bei dem der Bahnhof ein Kopfbahnhof bliebe und die Umnutzung vieler Baustellen vorgesehen ist, zum Beispiel als zentraler Omnibusbahnhof. Sollten Ihrer Meinung nach die Bundesregie-

rung, das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und die Deutsche Bahn diese Alternative ernsthaft prüfen?“

Hier das erstaunliche Ergebnis:

Zwei Drittel der Baden-WürttembergerInnen sprachen sich für eine „ernsthafte Prüfung des Konzepts Umstieg 21“ aus.



Danach befürworteten 63% der Befragten eine ernsthafte Prüfung des von Stuttgart 21-GegnerInnen entwickelten Alternativ-Konzepts, 31% waren dagegen. Ausdrücklich wird in der Frage der Umstieg als Ausstieg aus Stuttgart 21 dargestellt zugunsten eines weiter entwickelten Kopfbahnhofs bei Umnutzung des bisher Gebauten bzw. Zerstörten, so Dr. Norbert Bongartz, Co-Sprecher des Aktionsbündnisses und zugleich als Bauhistoriker Mitglied des vierköpfigen „Umstiegsteams“.

Besonders überwältigend sei diese Zustimmung, weil sie über alle Alters-, Partei- und Geschlechtergrenzen hinweg gehe. Sogar bei den Stuttgart 21-BefürworterInnen votiert eine Mehrheit von 49% zu 47% die ernsthafte Prüfung des Umstiegs und damit des Ausstiegs aus S21. Trotz dieses eindeutigen Umfrageergebnisses stehen die Projektpartner Land, Stadt und Region zu den bisherigen Stuttgart-21-Plänen.

„Mit der Volksabstimmung und mit den Entscheidungen von Landtag, Gemeinderat und Verband Region Stuttgart zur Verwirklichung von Stuttgart 21 ist die Fragestellung nach Ansicht der Verwaltung politisch abschließend beantwortet“, erklärte ein Sprecher der Stadt Stuttgart, deren grüner OB Kuhn einst entschiedener Gegner von S21 war.

Auch für die Landesregierung unter Ministerpräsident Kretschmann ist „der Käse längst gegessen“. Verkehrsminis-

ter Winfried Hermann, der S21 einst als „das mit Abstand größte, teuerste, riskanteste und dümmste Projekt in der Geschichte der Eisenbahn“ bezeichnet hatte, sprach zwar von „interessanten Ergebnissen“, verwies aber darauf, dass man zu bestehenden Verträgen stehen müsse.

Beim Verband Region Stuttgart ist die bestehende Planung „Realität, die anerkannt werden müsse“. Dennoch mache sich die Region für Verbesserungen stark. Dies sei beim bereits beschlossenen „dritten Gleis am Flughafen“ gelungen.

gelungen.

Nur die Fraktion SÖS/Linke im Stuttgarter Gemeinderat kommt zu der Erkenntnis, dass ein Umstieg von einer Mehrheit gewünscht werde und das Konzept dafür ernsthaft geprüft werden müsse. Fraktionssprecher Hannes Rockenbach kritisierte OB Fritz Kuhn (Grüne), der trotz der Haltung der Bevölkerung „einfach mal sagt, S21 würde der Stadt gut tun“.

Insbesondere jene grünen Politiker, die einst erbitterte Gegner von S21 waren, sollten sich eigentlich über ein solches Ergebnis freuen, anstatt an ihrer Machtposition festzuhalten. Und der immer wieder gebetsmühlenartig vorgebrachte Einwand, „man müsse sich an die bestehenden Verträge halten“, gilt nur solange, wie auch die Rahmenbedingungen (Leistungsfähigkeit, Brandschutz, Kosten etc.) eingehalten werden. Da dies bei S21 schon lange nicht mehr der Fall ist, können Verträge auch gekündigt werden.

Daran müssen auch wir weiterhin anknüpfen und deshalb vor allem

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Wahlkampfauftritte türkischer Politiker

Auftritte der AKP in Baden-Württemberg untersagen

Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete in Tübingen und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, fordert Ministerpräsident Kretschmann auf, die anstehenden Wahlkampfauftritte türkischer Politiker der AKP in Baden-Württemberg zu untersagen:

„Diese Auftritte sind Propagandafeldzüge für eine Diktatur, da sind die Grenzen der Meinungsfreiheit erreicht, wenn zum Beispiel, wie in Hamburg geschehen, Zeichen der faschistischen Grauen Wölfe öffentlich vom türkischen Außenminister gezeigt werden. Ministerpräsident Kretschmann muss nun die Reißleine ziehen und dem Vorbild Saarlands folgen, die geplanten

Auftritte in Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe zu verhindern, das kann nicht länger den einzelnen Kommunen aufgebürdet werden.

Die saarländische Landesregierung beruft sich auf Paragraph 47 des Aufenthaltsgesetzes, demnach hat jedes Bundesland die Möglichkeit, die politische Betätigung von Ausländern zu untersagen, wenn das friedliche Zusammenleben gefährdet wird. Dies ist nach den aggressiven Drohungen von Präsident Erdogan längst der Fall.“

In Baden-Württemberg sind noch Wahlkampfauftritte türkischer Politiker geplant. Die Abgeordnete der türkischen Regierungspartei AKP, Ayse

Sula, soll vom 16. bis 18. März in Stuttgart sein. Laut Innenministerium ist ihr Kollege Yalçın Akdoğan am 18. und 19. März in Mannheim. Zur selben Zeit tritt der Abgeordnete Mahir Ünal in Karlsruhe und Stuttgart auf. Vom 24. bis 25. März ist AKP-Berater Ozan Ceyhun in Stuttgart und Mannheim unterwegs.

(15. März 2017 Pressemitteilung,)



MdB Heike Hänsel

Fair teilen!

Rathaus-Runde Rottenburg: DIE LINKE

Erstmals trägt ein nationales Bündnis aus etwa 35 Organisationen (Wohlfahrtsverbände, Umweltschutz, Gewerkschaften, Parteien) unter dem Slogan „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“ einen Aufruf gegen die soziale Spaltung unseres Landes und für soziale Gerechtigkeit.

Wachsende Armut trotz Arbeit, Altersarmut und fehlende Teilhabe von zwei Millionen Kindern und Jugendlichen gefährden Betroffene wie auch unsere gesellschaftliche Entwicklung. Keine(r) darf sich vor dieser Aufgabe auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene drücken. Ein 'historischer Höchststand' bei Exporten und Verdrängung hausgemachter Probleme sind keine Lösung.

Warum werden bei Haushaltsberatungen in Rottenburg regelmäßig Anträge für die Einführung eines gebührenfreien Kita-Jahres, für ein kreisweites Sozialticket, für eine leistungsgerechte

Bezahlung von Erzieherinnen abgelehnt? Sind dafür nur der Bund und das Land zuständig? Müsste man nicht viele schlecht bezahlte Beschäftigte in der Verwaltung besser entlohnen? Warum wird viel Steuergeld für Untersuchungen zur Armuts- und Reichtumsverteilung ausgegeben und sämtliche Forderungen von Caritas und Landesfamilienrat bei den Beschlüssen vom Tisch gewischt?

Jedes Jahr wächst das Bruttoinlandsprodukt durch die hohe Arbeitsleistung der Beschäftigten. Der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum steigt enorm. Aber ein paar Superreiche (Piech, Quandt, Albrecht usw.) eignen sich ein immer größeres Stück vom Kuchen an.

Ihr obszönes Geldvermögen wuchs in den letzten fünf Jahren um 1,1 auf 5,5 Billionen (!) Euro. Dies ermöglichen die Steuersenkungen von Schröder/Fischer. Seit Jahren verhindert Finanzminister Schäubles konkrete Maßnah-

men gegen Steuerflucht. Die wachsende Spaltung kann und muss korrigiert werden. Fangen wir damit in den Kommunen an, bevor einige unseren Sozialstaat und Demokratie in die 30er Jahre zurückbefördern:

Für Kinder und Jugendliche muss Mobilität (ÖPNV) grundsätzlich gebührenfrei sein, ebenso Schulesen, Teilnahme an Klassenfahrten. Preiswerte Mietwohnungen samt angebotsorientierter sozialer Infrastruktur müssen Vorrang vor Gewerbe haben. Beschäftigte in Kitas und Verwaltung gehören besser eingestuft und bezahlt. Das Geld dafür ist auch in Rottenburg da!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Bedarf beim Wohnungsbau: Rottenburg hinkt hinterher

Bauland für Wohnungsbau vor Gewerbeansiedlung

Im Februar hat die neu gegründete Wohnbau Rottenburg (WBR) ihr Projekt für 60 Wohnungen auf dem ehemaligen DHL-Gelände vorgelegt. In einem zweistufigen Verfahren sollen drei Architekturbüros Entwürfe für das 11-Millionen-Projekt vorlegen, der Anteil an Sozialwohnungen liegt bei „mindestens“ der Hälfte, also mindestens 30 Wohneinheiten.

Unabhängig davon hatte im Januar die Firmengruppe Krause ihr Projekt für 85-90 Wohneinheiten mit ca. 1.500 Quadratmetern Wohnfläche vorgestellt. Bei ihr soll es 53 Prozent öffentlich geförderter Wohnraum für ca. sechs Euro pro Quadratmeter geben. Für eine gute Sozialmischung sollen 10-12 Wohneinheiten für Studenten, ca. 45 für Mieter mit Wohnberechtigungsschein und ca. 30 als Eigentumswohnungen angeboten werden.

Der Investor will die Sozialwohnungen selbst bewirtschaften, die Mietpreisbindung soll für 25 Jahre gelten. In beiden Projekten ist keinerlei Begegnungsstätte für die Bewohner vorgesehen! Für die Anschlussunterbringung von Geflüchteten erstellt die WBR im Hammerwasen 18 Wohneinheiten für ca. 90 Personen, also nicht auf dem DHL-Gelände.

Reichen diese Planungen, um die Wohnungsprobleme in Rottenburg nachhaltig zu lösen?

Auf langjähriges Drängen der **LINKE** hat der Gemeinderat 2016 die Gründung einer Wohnbaugesellschaft beschlossen, weil die CDU-Ideologie „Der Markt regelt alles“ kläglich gescheitert war und OB Neher zugestehen musste, dass Wohnraum eine Pflichtaufgabe der sozialen Daseinsvorsorge ist. Trotz der vielen Neubauten in der Stadt hatte kein Privatinvestor der Stadt Sozialwohnungen angeboten, das „Betongold“ der Investoren schrie nach Rendite, die Probleme der Menschen interessierten sie nicht. Dabei war die Zahl der Personen mit Wohnberechtigungsschein innerhalb von zwei Jahren um 20 Prozent auf

289 Personen gestiegen. Reichen wenigstens für diesen Personenkreis die Planungen jetzt aus? Nein!

Placebos reichen nicht

In den nächsten zehn Jahren bis 2027 will die WBR 300 Wohnungen bauen, 60 davon bis 2019. Hinzu kommen 92 stark renovierungsbedürftige Wohnun-

gen aus dem bisherigen Bestand der Stadt. Bestenfalls kann sie also 152 Wohnungen innerhalb der nächsten zwei Jahre für 290 Personen mit Berechtigungsschein anbieten - ohne den Einwohnerzuwachs von 3.600 Neubürgern bis 2030 (Weigel) und ohne den weiteren Wegfall von Sozialwohnungen durch auslaufende Mietpreisbindung zu berücksichtigen.

Diese kommunale Fehlplanung wird verstärkt durch das Totalversagen der grün-schwarzen Landesregierung. Gab es in Baden-Württemberg 2014 noch 63.200 Sozialwohnungen, so waren es 2016 nur noch 57.400, im laufenden Jahr fallen weitere 3.000 weg. Und das, obwohl mehrere Institute bereits 2012 für unser Ländle einen Bedarf von 500.000 geförderten Mietwohnungen errechneten. So kritisierten die drei Kommunalverbände (Gemeinde-, Städte- und Landkreistag) die Landesregierung scharf, dass „von den insgesamt zu fördernden 10.925 Wohneinheiten lediglich ca. 5.150 Mietwohnungseinheiten vorgesehen“ sind.

Medienwirksam hat CDU-Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut eine

Wohnraum-Allianz ins Leben gerufen und die Landesförderung von 205 Mio. auf 250 Mio. Euro erhöht. Allerdings vergaß sie zu erwähnen, dass das Geld vom Bund und nicht vom Land kommt. Denn Grün-Schwarz in Stuttgart blockiert systematisch die Forderung des Mieterbundes, mindestens ebenso viel Fördergeld wie der Bund bereitzustellen, obwohl das Land 2016 über drei Milliarden an Steuern mehr eingenommen hat als erwartet.

Vorrang für Wohnungsbau statt Gewerbeansiedlung

Um die schweren Fehler der vergangenen 20 Jahre in den Griff zu bekommen, muss für Rottenburg eindeutig der Vorrang beim Bauland auf

Wohnungsbau vor Gewerbeansiedlung liegen.

Die mangelhafte Planung und der Bevölkerungszuwachs zwingen dazu. Seit sieben Jahren erlebt die Stadt eine Pleite nach der anderen beim Versuch, auf dem DHL-Gelände ein Einkaufszentrum mit einem Elektromarkt zu errichten. Dadurch verschenkte sie Millionen aus dem jährlichen Grundkopfbetrag (für zusätzliche Einwohner) zum Schaden der Stadt und löste keine Wohnungsprobleme.

DIE LINKE fordert, dass das gesamte Gelände umgewidmet wird zu einem zukunftsfähigen Wohnbaugelände mit sozialer Nachhaltigkeit durch gemischte Wohngebiete (Verhinderung von Ghettobildung), durch moderne Stadtarchitektur (Wohn- und Freiraumqualitäten verbinden), durch Ökologie (klima- und ressourcenschonendes Bauen) und Aufbau kommunalen Eigentums. Zum Wohnungsbau gehören dringend eine soziale Infrastruktur und ausreichend Personal beim Hochbauamt für alle Planungen!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“

Flüchtlingsunterkunft Hammerwasen eröffnet

Strobls Abschiebungen schädigen Mittelstand massiv

Am Donnerstag wurde in Rottenburgs Hammerwasen die Anschlussunterbringung für Asylbewerber eröffnet. 90 Personen, zumeist Syrer aus dem DHL-Gebäude, werden hier im dreistöckigen Gebäude mit 18 Wohneinheiten untergebracht. Etwa 540.000 Euro erhält die Stadt vom Land als Zuschuss.

Rottenburgs Gemeinderat hatte darauf geachtet, dass Flüchtlinge und andere Wohnungssuchende nicht länger von Rechtsradikalen gegeneinander ausgespielt werden können und hatte zuvor den Bau preiswerter Mietwohnungen auf dem DHL-Gelände beschlossen (siehe Artikel zum Wohnungsbau). Viele Engagierte für die Integration nahmen an der Eröffnung im Hammerwasen teil, es wird Nachbarschaftstreffen und sogar einen Tanzkurs geben.

Dagegen wurde CDU-Hardliner Thomas Strobl Innenminister von Baden-Württemberg vor seinem Tübinger Auftritt im Museum von gut 250 Demonstranten ausgebuht.

Henning Zierock (Gesellschaft Kultur des Friedens) überreichte ihm 4.000 Unterschriften für einen Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan und auf den Balkan.

Strobls ehrgeiziges Ziel: Er will Baden-Württemberg zum bundeswei-



Mit Herz **gegen** Härte (Protestplakat) statt
Mit Herz **und** Härte (Thomas Strobl)

ten Spitzenreiter bei Abschiebungen machen – mit Unterstützung der Grünen! Es ist das einzige Bundesland mit grüner Regierungsverantwortung, dass der menschenverachtenden Abschiebepaxis zustimmt.

Die „sorgfältigen Einzelfallprüfungen“ haben dazu geführt, dass im Musterlande im Januar und Februar 2017



Foto: N. Kern

schon 668 Menschen aus 42 verschiedenen Staaten abgeschoben wurden. Bei der letzten Sammelabschiebung am 6. März waren es 90 Personen nach Albanien, darunter 21 Kinder jünger als 14 und neun Kinder jünger als zwei Jahre alt! Strobls Politik soll gezielt qualifizierte und gut integrierte Asylbewerber und ihre Unterstützer – allein 2.000 im Landkreis Tübingen - abschrecken, sich zu engagieren.

Mittelstand leistet Widerstand gegen Strobl (CDU)

Landesweit formiert sich Widerstand von mittelständischen Unternehmern gegen Strobls Willkür und mittelstandsfeindliche Politik. In Eichstetten wehrt sich Bauunternehmerin Meier, die seit Jahren Fachkräfte sucht, gegen die Abschiebung ihres Mitarbeiters Badinding Jaiteh aus Gambia, der vor neun Jahren nach Europa kam. Ihren Protest verknüpfte Frau Meier mit einem Aufruf an weitere betroffene Unternehmen: In nur zwei Wochen meldeten sich 60 Firmen aus ganz Baden-Württemberg, darunter Sportartikelhersteller Vaude, das Nobelrestaurant Schwarzer Adler und die Bäckerei Reiss-Beck. In Nagold bildet die Firma Häfele zwölf Asylsuchende zu Fachlageristen aus –

ein bundesweites Leuchtturmprojekt. Trotz Ausbildungsverträgen für die Männer zwischen 17 und 35 Jahren aus

neun Nationen will Karlsruhe jetzt zwei von ihnen abschieben. In Rottenburg gibt es vielfältige Initia-



Foto: N. Kern

tiven für Geflüchtete wie das Asylcafé und den Garten der Begegnung.

Initiiert von Elmar Zebisch, fand Anfang März eine Besichtigung der überbetrieblichen Ausbildungsstätte GIBA in Wendelsheim statt. Von den 84 Auszubildenden für Metallberufe sind momentan fünf Asylbewerber, die in zwei Jahren zu dringend gesuchten Fachkräften ausgebildet werden. Die Qualität der Ausbildung zeigt sich daran, dass 80 Prozent von ihnen den Abschluss schaffen und 95 Prozent sofort eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt erhalten. Toll! Entscheidend ist, dass die Bearbeitung der Asylanträge beschleunigt wird. Die Geflüchteten und die Betriebe müssen Planungssicherheit bekommen, indem die Auszubildenden mindestens bis zum Abschluss der Lehre Aufenthaltsrecht erhalten.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Bildungsreform: Grün-Schwarz entsorgt „Altlasten“

Wie dreht man das Rad der Geschichte zurück?

In Tübingen verweigert das Kultusministerium „aus Kostengründen“ den drei Gemeinschaftsschulen eine gemeinsame gymnasiale Oberstufe. In Mössingen und Rottenburg-Wurmlingen wird viel Geld in die Digitalisierung des Unterrichts gesteckt, Wurmlingens Uhlandschule wird sogar Referenzschule für alle Grundschulen im Landkreis beim Einsatz digitaler Medien. Ihr landesweiter Einsatz wird Millionen verschlingen. Wie passt das zusammen?

Zum 1. August diesen Jahres will die Landesregierung einen weiteren Schritt in Richtung des alten Auslesesystems machen: Die Eltern müssen die Grundschulempfehlung für die Anmeldung an der weiterführenden Schule verbindlich vorlegen. Damit will Kultusministerin Eisenmann ein zentrales Wahlkampfversprechen umsetzen. Landeselternbeirat und GEW bezeichnen das als „Rückfall in alte Zeiten“.

Angesichts der Ergebnisse einer bundesweiten Untersuchung des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB-Studie) vom Oktober 2016 sieht die CDU dringenden „Handlungsbedarf“.

Das Musterlände hatte nämlich in den Fächern Deutsch und Englisch der 9. Klasse nur Durchschnitt erreicht – zu wenig für den High-Tech-Standort. Eisenmann will damit aufhören, dass „sich die ganze Klasse an den Schwächsten orientieren muss“. CDU-Fraktionschef Reinhart verordnete gleich, „ab jetzt zählen wieder Leistung, Qualität und Erfolg“. Basta!

Die Konsequenzen sind ein Stopp des Ausbaus von Gemeinschaftsschulen, deren Schülerzahlen in den

letzten vier Jahren von 8.500 auf jetzt 50.500 zugenommen haben. Ihr pädagogisches Konzept der individuellen Förderung jedes einzelnen Schülers in heterogenen Klassen hat sich inzwischen in allen Schularten durchgesetzt.

Für die CDU ist dies eine ideologische



Katastrophe. Wider Willen muss sie dies anerkennen, indem sie den Realschulen für „leistungsdifferenzierten Unterricht“ ab Klasse 7 mehr Poolstunden zugesteht und dafür aktuell 257 neue Stellen schafft. Doch landesweit will sie aus Haushaltsgründen 1.300

Lehrerstellen streichen. Diese widersprüchliche Politik geht auf Kosten zentraler Reformen: Der Ausbau des Ganztagschulen wird gestoppt; für die Inklusion von Kindern mit Behinderung sei kein Geld da und den Medieneinsatz (Digitalisierung) müssten die Kommunen zahlen – ein klarer Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip

(„Wer eine Maßnahme bestellt, zahlt auch dafür“). Dabei hat die Landesregierung 3,15 Milliarden an Steuern mehr eingenommen als berechnet (2016).

Widerstand gegen diese „Bildungspolitik“ wächst

Bundesweit gehört Baden-Württemberg weiterhin zu den Schlusslichtern beim Ausbau von Ganztagschulen. So fordert Jörg Dräger (Berthelmann-Stiftung) sogar einen Rechtsanspruch der Eltern, weil Ganztagschulen mit verbindlichem Angebot die Kinder am besten individuell fördern können:

„Wenn alle Schüler länger bleiben, können die Schulen den Vormittagsunterricht entzerren und haben dadurch mehr Zeit für die Förderung Einzelner.“

Gegen die grün-schwarze Politik der „Lügen und geschönten Statistiken“ bereitet der Landeselternbeirat einen 'Winter des Missvergnügens' vor. **An sehr vielen Schulen herrscht massiver**

Unterrichtsausfall. 23 Prozent des Unterrichts müssen fachfremd unterrichtet werden, gesteht Eisenmann. Die Berufsschulen erhalten im nächsten Schuljahr nur 100 neue Stellen, obwohl 900 Stellen durch Pensionierung frei werden.

Der Präsident des Gemeindetags Roger Kehle kritisiert die Berechnungen zu den Schülerzahlen, weil die Geburtenzahlen im Ländle steigen und die Bevölkerung insgesamt wächst. **Doro Moritz (GEW) hält dem Kultusministerium vor, keinerlei regionale Schulentwicklung für den ländlichen Raum, besonders für Grundschulen zu haben.** In Bissingen/Ostalb werden 19 Kinder aller vier Jahrgangsstufen in der einzigen Klasse altersgemischt unterrichtet. Jede zehnte Grundschule hat inzwischen nicht mehr genügend Kinder – aber das Ministerium keinen Zukunftsplan.

Sozial vor digital!

Streichung von Lehrerstellen und Unterrichtsausfall: Mit einem >>>



Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

riesigen Rummel überspielen Grüne und Schwarze ihr Versagen in der Bildungsplanung durch ihre Begeisterung für die „Digitalisierung“ des Unterrichts. Dafür gibt es fünf Milliarden Euro vom Bund, um 40.000 Schulen „fit“ zu machen, so Forschungsministerin Johanna Wanka.

Bereits 2015 hatte die Stuttgarter Landesregierung eine „Allianz Industrie 4.0 Baden-Württemberg“ ausgerufen, um das Ländle zum „Leitanbieter für Industrie 4.0 zu etablieren“ und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern. Dabei fehlt bis heute ein pädagogisches Konzept für den Einsatz moderner Medien. Eisenmann (CDU) bekam nur 60 der

160 beantragten Lehrerstellen. Die Einführung von einer Stunde Informatik ab Klasse 7 wird auf Gymnasien beschränkt.

**Gute
Schule
für alle.
Gut
finanziert!**
DIE LINKE.

Marode Schulgebäude sind nicht internettauglich, Freiburg fehlen 300 Mio. Euro für die Sanierung der Schulgebäude: „Es reicht nicht, die Schüler mit Laptops auszustatten“, klagt OB Salomon. Informatiklehrer erhalten in Mannheim zwei Deputatsstunden für die „Betreuung“ eines Netzwerks von 200 Computern. Hauptsache Innenminister Thomas Strobl kann mit seiner „ressort-übergreifenden Digitalisierungsstrategie“ prahlen, dass hochbe-

tagte Menschen mobiler sind und „Heimaufenthalte hinausgeschoben“ werden können.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass zunächst ausreichend Lehrer für alle Unterrichtsfächer eingestellt, Schulgebäude saniert werden und ein pädagogisches Konzept für den Einsatz neuer Medien erarbeitet wird, bevor man den Profitinteressen von Internetkonzernen hinterherläuft!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“

Quartiersentwicklung Kreuzerfeld Beteiligt euch!

Einstimmig hat der Sozialausschuss eine mehrstufige Bürgerbeteiligung für eine umfassende Entwicklung des alten und des neuen Kreuzerfeldes beschlossen. Vorausgegangen war dem eine Unterschriftensammlung vor vier Jahren, als die Stadt und die CDU das Gemeinschaftsgrundstück 12.608 im Kreuzerfeld-Süd an den meistbietenden Investor zur privaten Bebauung verhöckern wollten.

Der Protest war riesengroß. Es entstanden eine Bürgerinitiative und ein Förderverein für ein Haus der Nachbarschaft, der zwei Projektwerkstätten unter großer Beteiligung der Anwohner durchführte.

Nachdem die Stadt auch mit ihrem Projekt, das Nachbarschaftshaus am Sportplatz in einem Gebäude unterzubringen, gescheitert war, legte Bürgermeister Weigel im November überraschend sein Konzept für eine Quartiersentwicklung vor. Es überging großzügig alle Vorschläge der Projektwerkstätten und des Fördervereins. Stattdessen sollte sich ein 'Bürgerinnenrat nach dem Zufallsprinzip' gründen, der „nicht-öffentlich“ tagen und dessen Ergebnis „die Grundlage für die Erarbeitung eines Quartiers-



entwicklungskonzept sein“ sollte. Es war ein Vorschlag, der im Sozialausschuss „kontrovers diskutiert“, sprich: abgelehnt, wurde und den die Verwaltung völlig überarbeiten musste.

Jetzt werden 1.200 Haushalte im Wohngebiet mit einem Fragebogen nach ihren Vorschlägen befragt. Dies wird mit der Frage verbunden, wer sich von den Anwohnern zur Teilnahme an zwei Bürgerwerkstätten bereit erklärt.

Dort sollen Vorschläge erarbeitet werden, die zuerst der Öffentlichkeit vorgestellt und dann in einem Arbeitskreis diskutiert werden. An ihm können sich Förderverein und weitere Initiativen sowie Mitglieder des Gemeinderats beteiligen. Jetzt kommt es darauf an, dass sich möglichst viele Anwohner nicht von der langen Zeit entmutigen lassen, die inzwischen

auf Verschulden der Stadt vergangen ist:

Erklären Sie bei der Haushaltsbefragung Ihr Interesse an einer Beteiligung!

Dr. Emanuel Peter, Stadtrat

Sieht so kommunale Demokratie aus?

Der Bürger darf sich bezüglich der Quartiersentwicklung um die aktive Mitarbeit in zwei Bürgerwerkstätten (?) **bewerben**. Dreißig bis vierzig **ausgewählte** Bürger werden dann Handlungsansätze herausarbeiten und Projektideen **skizzieren**. **Eventuell** dürfen sie sogar im Quartier **spaziergehen**. Mitglieder des Fördervereins „Haus der Nachbarschaft“ dürfen vielleicht sogar **auf ihr Losglück hoffen** und auch mitmachen. Ich bin gespannt wie das **Losverfahren transparent kommuniziert** werden wird. Dass der Bürger des öfteren veräppelt wird, ist nichts Neues, dass die Stadtverwaltung so etwas initiiert und sich der Gemeinderat auf so ein Verfahren einlässt, muss jedoch schon wundern.

Ist eigentlich das Stadtplanungsamt überfordert, ein solches Vorhaben in Eigenregie durchzuführen? Das beauftragte Büro darf sich ob des Unwillens/Unfähigkeit/Überlastung der Verwaltung freuen! - Hätte ich doch fast vergessen zu erwähnen, dass der Inhalt des Fragebogens **in nicht-öffentlicher Sitzung** beraten werden soll, „damit er nicht vorher schon weithin diskutiert wird.“ (RoPo 18.03.2017) Sieht so ein „**sehr offener Prozess**“ (Angelika Garte, Leiterin des Stadtplanungsamtes) aus?

Das fragt sich

Norbert Kern, Wendelsheim

Finanzierung für Friedensengagement wird eingestellt

Pax Christi bekommt keinen Zuschuß mehr

Eintreten für den Frieden ist in un-friedlichen Zeiten eine überlebens-wichtige Aufgabe. Eintreten für den Frieden heißt Leben schützen, Ge-rechtigkeit durchsetzen, für gewalt-freie Lösungen bei Konflikten ein-treten, heißt Rüstungsausgaben re-duzieren und Mittel frei machen für friedliches Engagement.

Eine Gruppierung, die sich für den Frieden engagiert ist „pax christi – Internationale Katholische Friedensbe-wegung“. Zu 80 Prozent finanziert Pax Christi seine Arbeit aus Mitgliedsbei-trägen und Spenden. 20 Prozent erhält Pax Christi vom Verband der Diözesen Deutschlands (VDD). Vorsitzender der Vollversammlung des VDD ist der Vorsitzende der Deutschen Bischofs-konferenz z.Z. Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising.

Warum streicht der VDD die finan-zielle Unterstützung für Aktionen für den Frieden?

Seit 1999 hat der VDD den Zuschuss für Pax Christi um 35 Prozent gekürzt. Ab 2018 soll der Zuschuss aus Kir-chensteuermitteln vollständig wegfal-len. Der Beschluss wurde bereits im Juni 2016 vom Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz getrof-fen. Eine Begründung dafür gibt es nicht. Der Hintergrund ist, dass der VDD seinen Haushalt auf 120 Mio. Euro einfrie-ren möchte. Um dies zu erreichen, hat eine Unterneh-mensberatung empfohlen, ganze Bereiche der katholischen Kirche zu streichen. In Wirtschaftsunter-nehmen wird dabei von „Konzent-ration auf die Kernaufgaben“ gespro-chen. Frieden schaffen gehört wohl nicht mehr dazu.



Pax Christi wurde in einem intranspa-renten Verfahren in die Kategorie C eingeordnet und wird somit keine Kir-chensteuermittel mehr bekommen.



Mitgearbeitet an der Kürzungs-vorlage hat übri-gens der Gene-ralvikar der Diö-zese Rottenburg-Stuttgart Prälat Dr. Clemens Stroppel.

Um welche Summen geht es?

Trotz sinkender Mitgliederzahlen er-reichten die Kirchensteuereinnahmen

2015 mit rund 11,5 Milliarden Euro einen neu-en Rekord.

Die Angaben beziehen sich auf Veröffentli- chungen der Evangelischen Kirche Deutsch-land sowie der Steuerkommis-sion des Verban-des der Diözesen Deutschlands.

Danach nahm die katholische Kirche rund 6,1 Mil-liarden Euro ein. Die evangelische Kirche erhielt knapp 5,4 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr war das ein Plus von 6,4 Prozent. Geldnot dürfte nicht der Grund für die Kürzung sein, zumal der Kür-zungsbeitrag für Pax Christi lediglich 60.000 Euro jährlich beträgt. Ein Hunderttausendstel der Kirchensteuerein-nahmen, aber die Arbeit von Pax Christi wird dadurch in Frage stellt.

Angesichts des Sachverhalts scheint das Schreiben von Kardinal Reinhard

Marx an die Bundesvorsitzende von Pax Christi, Wiltrud Rösch-Metzler, als reiner Zynismus. Er schreibt: „**Pax Christi werde auch weiterhin als wichtige Stimme in der kirchlichen Debatte über den Frieden geschätzt. Gleichwohl wolle er „keine Hoff-nung auf eine Änderung der von den deutschen Bischöfen getroffenen Entscheidung machen“; die Bemü-hungen der katholischen Friedens-freunde sollten sich „darauf konzen-trieren, alternative Einnahmequellen zu erschließen“.**“ (Süddeutsche Zeitung, 16. Januar 2017) Der Fuldaer Bischof und Pax-Christi-Präsident Heinz Algermis-sen hat bei Reinhard Marx protestiert.

Die Krisen und Konflikte in der Welt bedürfen einer Analyse und einer Antwort. Wir suchen nach gewaltfrei-en Wegen, wir uns mit Rüstungsex-port, Völkerrechts- und Menschen-rechtsverletzungen, Auslandseinsät-zen der Bundeswehr, Atomwaffen automatisiert Kriegsführung oder Gewalt in Regionen auseinanderset-zen und daraus Forderungen und Aktionen entwickeln.“

Wiltrud Rösch-Metzler

Mit einer Online-Petition wandte sich eine breite Öffentlichkeit mit über 5.000 Unter-zeichner an die Bischöfe mit der Bitte, die Teilfi-nanzierung nicht zu streichen. Unter anderem wurde gefragt: „Wie sol-len Kirchengemeinden ermutigt werden, mehr für den Frieden in der

Welt zu tun, wenn der VDD ein sol-ches Signal setzt?“ Die Petition kann noch bis Anfang April unterzeichnet werden.

Auch Friedensarbeit braucht finan-zielle Mittel. Hinter dieser Arbeit stehen auch christliche Werte. Wes-halb gerade hier der Rotstift ange-setzt wird, ist nicht nachvollziehbar. Soll etwa das Eintreten für Gerech-tigkeit und Frieden boykottiert wer-den?



Karin Kern
Wendelsheim

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Wer macht aus der Sülchenstraße eine Gefahrenstelle?

Direkt vor der Ausfahrt der Feuerwehr bzw. des Roten Kreuzes wurde eine Bushaltestelle in Richtung Wurmlingen eingerichtet. Wenn die Feuerwehr zu einem Einsatz gerufen wird und Feuerwehrfahrzeuge zur Sülchenstraße ausfahren, wird die Ausfahrt von einem dort stehenden Bus verdeckt. Dies gilt in gleicher Weise bei Einsatzfahrzeugen des Roten Kreuzes für Fahrzeuge die aus Richtung Wurmlingen kommen. Die Verkehrssituation ist unübersichtlich.

Nur durch akustische Signale wird der Verkehrsteilnehmer auf die Situation ausfahrender Fahrzeuge hingewiesen. Sollte ein

Fahrzeug an dem stehenden Bus in Richtung Stadtausfahrt vorbeifahren, ist eine Kollision mit einem Fahrzeug der Feuerwehr nicht auszuschließen. Weshalb wurde eigentlich die vorher bestehende Haltestelle in Richtung Stadtmitte verlegt? Bei der alten Haltestelle wäre zumindest die Ausfahrt in Richtung Stadtmitte weit weniger gefährlich gewesen.

Die Gründe der Verlegung der Haltestelle in Richtung Stadtmitte ist wenig nachvollziehbar.

Hans-Jürgen Petersen, Rottenburg



Links der Haltestelle die Ausfahrt der Feuerwehr, rechts der Haltestelle die Ausfahrt vom Roten Kreuz



Ob der Bus wohl im Halteverbot hält?

20. März 2017 gegen 16.00 Uhr



Keine Sicht auf die Ausfahrt der Feuerwehr !



Hoffentlich hört der Vorbeifahrende das Signal der Feuerwehrfahrzeuge !



Hoppla, das Rettungsfahrzeug ! - Kein Hinweis auf die Ausfahrten von Rotem Kreuz und Feuerwehr



Fotos: N. Kern

Jetzt wird's eng!

Autobahnprivatisierung

Schnäppchen oder Millionengrab?

Öffentliche Einrichtungen, die keinen Profit abwerfen, können nicht privatisiert werden, denn kein Investor will Geld in ein Projekt stecken, dass eventuell nur Kosten verursacht oder keine Gewinn abwirft. Straßen, insbesondere Autobahnen, lassen sich sehr gut vermarkten.

Güter, auch in Teilen, die von öffentlicher Wichtigkeit sind, dürfen nicht privatisiert werden, denn die Bürger sind von ihnen abhängig und den Bedingungen - dem Preisdiktat - des Anbieters ausgeliefert. Beispiele sind bekannt: die Wasserversorgung und der Wohnungsmarkt. Die Anbieter, soweit nicht von Gesetzen gebremst, schalten und walten, wie es ihnen gefällt. Eine öffentliche Kontrolle ist nicht mehr möglich.

Wer hat Interesse an einer Privatisierung der Fernstraßen?

Da ist einmal der **Finanzminister**, der die Schwarze Null als Credo formuliert hat. Nur keine Neuverschuldung, egal was eigentlich dringend repariert werden müsste. Der Investitionsstau muss verschleiert werden.

Da sind **Versicherung, Banken und Anlagefonds**, die lukrative Anlageformen für ihre Kapital suchen, zumal normale Kapitalanlageformen keine „ausreichende“ Verzinsung versprechen.

In Frankreich liegen die Renditen bei 20 bis 24 Prozent, d.h. diese Renditen werden durch die Autobahnbenutzer und deren Maut bezahlt. Das lässt für Autofahrer nichts Gutes erwarten. Das Geld der Autofahrer liegt auf der Straße und muss von den Investoren nur noch aufgehoben werden.

Wie kann man beiden Interessen gerecht werden?

Teilprivatisierung heißt das Zauberwort. Die einen können die Schwarze Null retten, die anderen ihr Geld „arbeiten“ lassen. In einer ÖPP - Öffentlich Private Partnerschaft - kann dies geschehen, also in einer Teilprivatisierung öffentlicher Güter. Wenn wir uns etwas weltläufiger geben wollen, sprechen wir von PPP - Public Private Partnership.

Es soll eine sogenannte Verkehrsinfrastrukturgesellschaft (Bundesstraßengesellschaft) zu Planung, Bau und Betrieb der Autobahnen und zur Entscheidung über konkrete Bauvorhaben eingerichtet werden. Die Entscheidungen lägen nicht mehr beim Bundesverkehrsministerium. Staatlicher Anteil bei der Autobahn-AG soll bei 50,1 Prozent liegen. Über die Wichtigkeit entscheiden somit die Investoren als Geldgeber mit.

Eine Gesamverbesserung der Straßeninfrastruktur wird nicht zu erwarten sein. Das Interesse der Investoren wird sich auf viel befahrene Fernstraßen richten und nicht auf die Straße zwischen A-Städtchen und B-Dörfchen.

Vorteile oder Nachteile

Grundannahme ist, dass private Investoren auf schnelleren und günstigeren Mitteleinsatz drängen. Je schneller gebaut wurde, desto früher kann Maut erhoben werden, also Gewinn gemacht werden. Je günstiger gebaut wird, desto höher kann der Gewinn sein. Der Investor wird die Ersparnis eher nicht den Nutzer zukommen lassen. Es muss es auch nicht, denn man muss ja auf seiner Straße fahren. Von Rechnungshöfen gibt es Berechnungen, dass ÖPP-

Projekte keineswegs günstiger ausfallen müssen. Der Bundesrechnungshof geht davon aus, dass der Betrieb durch Privatgesellschaften höhere Kosten verursacht.

Die Vorhaben müssen sich verteuern, denn, wenn der Staat bauen und betreiben würde, fielen keine „Profitkosten“ an. Dies zusätzlichen Kosten müssen durch die Maut eingespielt werden und können dann zu solch hohen Renditen wie in Frankreich führen.

Sollte der Betrieb z.B. über eine Maut nicht genug einbringen, wird der Betreiber versucht sein, seinen Gewinn durch geringere Betriebskosten zu sichern, was nicht anderes bedeuten

wird, als dass er die Anlage verlottern lässt. Oder er erhöht einfach die Mautgebühren.

Ausgaben einsparen durch Privatisierung ist eine Milchmädchenrechnung.

Zwar kann eine schwarze Null durch Tricks noch schwärzer gerechnet werden, die Kosten müssen aber trotzdem gedeckt werden, sei es durch Steuern oder eine Maut. Beides hat der Bürger zu tragen.

Aspekte wie die (verfassungs-) rechtliche Absicherung der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft, die Auswirkung auf die Anzahl der Arbeitsplätze bei einer Zentralisierung der Autobahnverwaltung sollen hier nicht erörtert werden. Interessant ist jedoch, dass im Zusammenhang mit den wegfallenden Stellen bei den Autobahnämtern der Länder von jetzt endlich einkehrendem unternehmerischen Denken gesprochen wird. Was wohl heißen soll: mehr Effizienz durch Stellenabbau.

Weshalb gerade jetzt diese Diskussion geführt wird, wird klar, wenn man die Zinssituation für Anleger betrachtet. Offensichtlich soll ihnen geholfen werden. Eine Geldanlage muss für sie wieder attraktiver werden. Also lässt man sie in Straßen investieren, sichere und hohe Renditen erwarten und den Autofahrer dafür bezahlen.

Wir sehen, fast allen ist mit einer Teilprivatisierung geholfen.

Dann bleibt noch ein Frage: Bisher hat der Bürger den Straßenbau durch seine Steuern finanziert. In Zukunft muss er das durch Mautzahlungen tun. Welche Entlastung auf der steuerlichen Seite wird ihn erwarten? - Keine!

Unsere Straßen sollen öffentlich bleiben!

DIE LINKE.



Norbert Kern
Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Ene mene muh und was kriegst du? Über Lohn und Leistung und Maß und Mitte

Fangen wir zur Einstimmung doch mit ein paar Fragen an:

Wie viele Stunden hat der Tag? - 24! Stimmt. Wie viele Stunden schläft ein Mensch durchschnittlich? - 7! Na ja. Es gibt Menschen, die brauchen sehr wenig Schlaf. Aber die wenigsten kommen ganz ohne Schlaf aus. Oder? Wir stellen also fest, dass kein Mensch 24 Stunden am Tag über längere Zeit arbeiten kann. Wahrscheinlich zweigt er auch etwas Zeit für andere Verrichtungen ab.

Für mich stellt sich die Frage, wie man bei begrenzter Arbeitszeit Millionen in einem Jahr verdienen kann.

Man darf den Verdienst, den ein Unternehmen einem Mitarbeiter zuzuschießt, dem Mitarbeiter nicht zum Vorwurf machen. Wenn er ihm viel wert ist, sei's drum. Fragen darf man aber schon, was das Unternehmen als Gegenleistung erwartet und was der Mitarbeiter erbringt bzw. erbracht hat. Das **Ruhegehalt** eines Martin Winterkorn (früherer VW-Chef) beläuft sich auf 3.000 Euro - täglich. (3.000 durch 24 gleich 125 Euro/Stunde - siehe Eingangsfrage).

Im Jahr vor der Krise bei VW erhielt er 15,9 Mio. Euro. Böse Zungen sprechen

von Gehaltsexzess. VW-Aufsichtsräte wollen das Gehalt des Vorstandschefs auf zehn Millionen deckeln. Ich sehe Ausbeutung und ohne Armut. **Willkommen im Präkariat!** Mein Mitgefühl gilt auch Dieter Zetsche (Daimler), der 2016 tatsächlich 2,1 Mio. € weniger bekam als im Jahr 2015 - aber immerhin noch 7,6 Mio. €.

In sich ist alles ja logisch: Um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die Löhne gedrückt werden und um die besten Köpfe in die oberen Etagen zu locken, darf es nach oben keine Grenzen geben. Minilöhner verdienen wenig, damit Maxilöhner bezahlt werden können. Oh, du schöne Welt der Sozialen Marktwirtschaft mit ihrer Vertragsfreiheit. Zumindest im Vergleich zu den USA ist Deutschland ein Manager-Niedriglohnland. Beruhigend!

Die Abfindungspraxis von Privatunternehmen ist Sache der Eigner. Man spricht von Eigentümerrechten. Wenn die vormalige Verfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt nach dem Ausscheiden bei VW 12 Millionen

Euro nach nur 12 Monaten bekommt, dann darf man schon fragen, welche Leistungen sie dafür erbracht hat. Hinzu soll eine Rente von 8.000 Euro monatlich kommen. Nach ihrem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Vorstand bei Daimler hat sie wohl auf Ansprüche gegenüber Daimler, sozusagen als Ablöse, verzichtet und diese bei Vertragsabschluss mit VW in Rechnung stellen können. Für 12 Mio. muss der durchschnittliche deutsche Arbeitnehmer lange fit bleiben - 280 Jahre. Lassen wir hier die Frage offen, wessen Verhalten eher hinterfragt werden muss, die des Nehmers oder die des Gebers.

Geld allein macht nicht glücklich - aber es beruhigt und macht weniger traurig. Ja, es soll sogar berauschen. Geld als Droge! Da wundert es nicht, dass in manchen Führungsetagen gelegentlich umnebelte Entscheidungen getroffen werden.

Seien wir froh, dass wir zu den Nüchternen gehören. Ein Dauerrausch soll gar nicht gesund sein und den kleinen grauen Zellen auch nicht zuträglich. Wobei gelegentlich so ein kleiner Geldrausch ...

Norbert Kern, Wendelsheim



Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 25. März 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 29. März 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7 (1. Stock über der Bäckerei)

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 29. April 2017, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 3. Mai 2017, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7 (1. Stock über der Bäckerei)

Kontakt zu **linksjugend rothenburg:**

facebook.com/solid-rothenburg-a.N.

E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe: Freitag, 17. März 2017

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49